

<https://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/osnabrueck-schueler-diskutieren-mit-europawahl-kandidaten-46974635>

Europawahl in Osnabrück Kandidaten für die Europawahl treffen auf Berufsschüler: Und das passierte

Von [Eva Marie Stegmann](#) | 10.05.2024, 10:30 Uhr [1 Leserkommentar](#)

Beitrag hören:



Politische Diskussion mit den Spitzenkandidaten zur Europawahl: (von links) Moderator Ludger Abeln, Viola von Cramon (Grüne), Marianne Esders (Linke), Michel Baylor (Junge Liberale), Tiemo Wölken (SPD) und Marius Keite (CDU).Foto: André Havergo

Die Berufsbildende Schule (BBS) im Marienheim Osnabrück hat eine Podiumsdiskussion mit den Spitzenkandidaten für das EU-Parlament veranstaltet. Interessiert das die jungen Menschen überhaupt, von denen einige zum ersten Mal wählen?

Vier niedersächsische Spitzenkandidaten für die Europawahl und ein Vertreter stellten sich am Dienstag den Fragen von Schülern der Berufsbildenden Schule (BBS) im Marienheim. Dass junge Leute sich nicht für Politik interessieren würden, heißt es manchmal in diesen Tagen – wer an diesem Mittag bei der Podiumsdiskussion vor dem Schulgebäude auf dem Gut Sutthausen dabei war, bekam einen Eindruck, ob das stimmt.

Etwa 200 Schüler bei der Diskussion

Die Stuhlreihen waren voll, etwa 200 Schüler hörten zu und stellten ihre Fragen. Was interessiert junge Leute an der EU, ist dieser Wahlkampf wirklich so weit weg von ihren

„Der Abstand zwischen den Osnabrücker Schülern und der EU ist zu weit“, konstatierte zumindest Moderator Ludger Abeln, Vorstandsvorsitzender der Caritas Gemeinschaftsstiftung Osnabrück. Und fragte, warum es keine kostenlosen Fahrten nach Brüssel gibt. Einen Zuschuss, immerhin, wussten die zwei auf dem Podium, die bereits Deutschland im EU-Parlament vertreten: Der Osnabrücker Tiemo Wölken von der SPD und die Grünenpolitikerin Viola von Cramon aus dem Landkreis Göttingen.

Die drei aus Osnabrück: (von links) Michel Baylor, FDP, Tiemo Wölken, SPD, und Marius Keite ,CDU. Foto: André Havergo



Außerdem dabei war CDU-Stadtrat Marius Keite in Vertretung für EU-Parlamentarier Jens Gieseke aus dem Emsland. Neu für Brüssel bewerben sich der erst 22-jährige Michel Baylor von den Jungen Liberalen Osnabrück und die Linke Marianne Esders aus dem Lüneburger Land.

Warum nicht alle Politiker auf TikTok sind

Nicht eingeladen war die AfD. Schulleiterin Eva-Maria Siemer begründete später im Gespräch mit unserer Redaktion: „Wir wollten alle demokratischen Parteien einladen, das ist die AfD für uns nicht.“ Trotzdem war die AfD immer wieder Thema. Die Schüler wollten wissen, wie die Spitzenkandidaten zur Videoplattform TikTok stehen. Auf der Plattform TikTok hat keine Partei mehr Likes als die AfD, die Videos sind kurz und prägnant. TikTok, das ist etwas, das sehr nah dran ist an den Jugendlichen.

Viola von Cramon, Bündnis 90/Grüne Foto: André Havergo



Aber: „Im EU-Parlament dürfen wir im WLAN keine TikTok-App nutzen“, erklärte die Grüne Viola von Cramon. Manche hätten zwei Handys, um es privat zu machen. Aus ihrer Sicht das Problem: „Komplexe Themen in wenigen Sekunden, das ist schwer. Da hat es die AfD leichter. Ein ‚Ausländer raus‘ ist schnell gesagt.“

Elon Musk soll kontrolliert werden

Aber man habe dazugelernt und wolle die Jugend erreichen. „Wir sind dran“, versprach sie. Michel Baylor von der FDP sagte: „Wir haben jetzt ein internes Verbot für TikTok aufgehoben. Wir wollen das nicht der AfD überlassen.“ Doch, andererseits, und hier war die Brücke zum EU-Parlament schnell geschlagen, sei TikTok wegen der Nähe des Mutterkonzerns ByteDance zur chinesischen Regierung in der Kritik. „Entweder soll es abgeschafft werden, oder von einem europäischen Konzern kontrolliert“, forderte Baylor.

Tiemo Wölken berichtete, dass das Gesetz über digitale Dienste (DSA), das Plattformbetreiber wie etwa TikTok verpflichtet, rechtswidrige oder gewaltverherrlichende Inhalte zu entfernen, seit Februar vollumfänglich anwendbar sei.

„Nicht alle machen mit, zum Beispiel Elon Musk, dem Twitter gehört.“ Da die Strafe aber bei bis zu sechs Prozent des Jahresumsatzes eines Unternehmens läge, sei er überzeugt, dass sich das schon bald erledigt habe.

Was die Spitzenkandidaten zum Thema Flucht denken

Ein anderes Thema, das die Schüler interessierte, war die Aufnahme von Geflüchteten in der EU. Hier hat das Europäische Parlament ganz viel mitzureden. Was denken die Spitzenkandidaten darüber?

Marius Keite von der CDU forderte eine europäische Lösung. „Man kann immer wieder die Beispiele bringen, dass Leute im Mittelmeer ertrinken, aber wenn am Ende Schleuser und Kriminelle entscheiden, wer nach Europa kommt, ist das ein Problem. Ich bin für eine Stärkung der Sicherheitsbehörden, sodass die Einwanderung in die EU von den Behörden reguliert wird“, sagte er. Und zwar in Zusammenarbeit mit allen Staaten. Gleichzeitig müsse das Recht auf Asyl gewährleistet sein.

Erst vor wenigen Tagen hat das EU-Parlament dem Gesetzestext zur Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) zugestimmt. Das GEAS sieht vor, dass die Staaten Flucht und Migration gemeinsam stemmen. Zentrales Element ist ein Verteilungsschlüssel von Geflüchteten, jedes Mitgliedland muss welche aufnehmen.

„Wer sich daraus verabschiedet, das ist insbesondere Ungarn unter Viktor Orban, muss zahlen“, so Tiemo Wölken (SPD). Nämlich 20.000 Euro pro nicht-aufgenommener Person in einen Fonds, der den anderen Ländern zur Verfügung steht. Der 22-jährige Michel Baylor (FDP) sagte: „Ich finde es gut, dass die europäische Lösung kommt. Jeder profitiert von der EU und somit nehmen wir auch die Lasten und Pflichten, die damit kommen, gemeinsam auf.“

Deutliche Kritik am GEAS äußerten die Politikerinnen von Linke und Grüne. Insbesondere am Punkt, dass Menschen auf der Flucht bis zur Klärung, wie es weitergeht, in Lagern an den Außengrenzen warten. Marianne Esders (Linke): „Das ist eine absolute Abgrenzungs- und Abschottungspolitik, die Staaten können sich

außerdem freikaufen. Ich bin nicht gegen eine solidarische Verteilung, aber das System ist nicht solidarisch, die Menschen sitzen in Lagern wie in Gefängnissen fest.“

Marianne Esders, Linke. Foto: André Havergo



Viola von Cramon (Grüne) war sich sicher: „Das führt nicht zu weniger Migration, diese Inhaftierung und Überbürokratisierung. Wir hätten stattdessen fragen sollen, wie wir Geflüchteten so helfen können, dass die EU mehr legale Einreise und Arbeitsoptionen bietet.“

Mehr militärische Hilfe

für die Ukraine?

Einigkeit wiederum gab es beim nächsten Thema: Militärhilfe für die Ukraine. Der 19-jährige Bent wollte wissen, ob die Politiker auf den Podium für mehr Hilfe für die Ukraine sind und bat um eine schnelle Antwort. Die gabs auch: Ein „Ja“ von allen fünf Politikern, auch der Linken, die klarstellte, dass sie damit nicht die Position ihrer Partei vertritt.

Interessierten sich für die Diskussion: die zwei BBS-Schüler Jonathan Waltz und Patrick Jakubowski. Foto: André Havergo



Viel Applaus erntete eine junge Frau, die wissen wollte, warum Vergewaltiger oft mit einer Bewährung davonkommen. Die Mindeststrafe von einem Jahr sei im Vergleich zu anderen Straftaten viel zu gering, sagte etwa Marius Keite (CDU). „Da muss härter und klarer vorgegangen werden!“

Doch was kann die EU da tun?

Der Rat der EU hat erst vor wenigen Tagen einem Gesetz, das Frauen besser vor häuslicher Gewalt und Übergriffen schützen soll, final zugestimmt. „Das ist ein guter Start, es schafft ein Bewusstsein“, so die EU-Parlamentarierin Viola von Cramon. Aber: „Es geht noch nicht weit genug.“ Die Mitgliedsstaaten sind jetzt aufgefordert, da eigene Strategien zu entwickeln.

Themen sind nicht so weit weg wie gedacht

Kritik an dem Gesetz gab es, weil laut den neuen Regeln zwar etwa Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder Cybergewalt unter Strafe stehen. Vergewaltigung allerdings kommt nicht in dem Papier vor, darauf konnte man sich nicht einigen.

In der EU. Auf dem Podium schon: Die Politik, ob in Deutschland oder Europa, muss Frauen besser schützen.

Am Ende der Veranstaltung blieben viele Schüler noch. Machten Selfies mit Kandidaten oder unterhielten sich. Wie sie es fanden? „Gut, die Zeit ging viel schneller vorbei als gedacht“, sagte Roshika Paschke, die ihr Fachabi macht. Und Karim Michim: „Es ist wichtig, dass sie anderen Parteien jetzt auch auf TikTok gehen, nicht nur die AfD.“ Der 16-jährige Bene fand: „Ich konnte mit der Wahl erst nichts anfangen, aber die Themen, über die da geredet wurde, sind eigentlich total nah. Ich denke schon, dass ich jetzt doch wählen gehe.“